

658617-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Waffen, Munition und zugehörige Teile – Patronen 5,56mm x 45 Hartkern, DM31A1
OJ S 185/2026 24/09/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

E-Mail: BAAINBwK2.4@bundeswehr.org

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Verteidigung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Patronen 5,56mm x 45 Hartkern, DM31A1

Beschreibung: Patronen 5,56mm x 45 Hartkern, DM31A1

Kennung des Verfahrens: ae6eb6c8-635d-4599-8a3e-b32a593568a3

Interne Kennung: 6003119091-BAAINBw K2.4J

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 35300000 Waffen, Munition und zugehörige Teile

Zusätzliche Einstufung (cpv): 35330000 Munition, 35331000 Munition für Feuerwaffen und Kriegswaffen, 35331500 Patronen

2.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

Zusätzliche Informationen: Die Erfüllungsorte ergeben sich aus der Empfängerliste des Leistungsverzeichnisses.

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: A. Nutzung Vergabeplattform: Die zur Nutzung der e-Vergabe-Plattform einzusetzenden elektronischen Mittel sind die Clients der e-Vergabe-Plattform und die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Diese werden über die mit Anwendungen bezeichneten Menüpunkte auf www.evergabe-online.de zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören für Unternehmen der Angebots-Assistenten (AnA) und der Signatur-Client für Bieter (Sig-Client) für elektronische Signaturen sowie das LV-Cockpit (www.lv-cockpit.de). Die technischen Parameter der zur Einreichung Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen verwendeten elektronischen Mittel sind durch die Clients der e-Vergabe-Plattform und die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform bestimmt. Verwendete Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren sind Bestandteil der Clients der e-

Vergabe-Plattform sowie der Plattform selber und der elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Weitergehende Informationen stehen auf [https:// www.evergabe-online.info](https://www.evergabe-online.info) bereit. B. Teilnahmeanträge: Teilnahmeanträge sind in elektronischer Form über die e-Vergabe-Plattform innerhalb der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge hochzuladen. Der Teilnahmeantrag darf nicht als Anhang einer elektronischen Nachricht übermittelt werden. Der Teilnahmeantrag muss vollständig sein und insbesondere alle Unterlagen enthalten, die zur Eignungsprüfung erforderlich sind. Die Bewerber haben zu beachten, dass der Teilnahmeantrag unterzeichnet ist (fortgeschrittene Signatur oder Textform (eingescannte Unterschrift)). Im Falle der Beteiligung als Bewerbungsgemeinschaft ist der Teilnahmeantrag entweder von allen Mitgliedern einer Bewerbungsgemeinschaft oder dem bevollmächtigten Vertreter zu unterzeichnen. Sofern ein bevollmächtigter Vertreter unterzeichnet, ist bzw. sind die Vollmachten der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft beizufügen. Eine Bewerber-/Bietergemeinschaft hat das Formular B-V 047 (Erklärung betreffend der Gründung einer Bewerber-/ Bietergemeinschaft) vorzulegen. C. Bewerberfragen: Die Übermittlung von Bewerberfragen hat ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform zu erfolgen. Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis spätestens 8 Tage vor Ablauf des Schlusstermins für die Einreichung des Teilnahmeantrages eingegangen sind. Mündliche Anfragen werden nicht beantwortet. D. Sonstiges: Die Bewerber werden darauf hingewiesen, dass alle mit dem Teilnahmeantrag eingereichten Angaben auch für das ggf. einzureichende Angebot Geltung haben sollen. Sofern sich im weiteren Verfahren Änderungen gegenüber dem Teilnahmeantrag ergeben, muss die Vergabestelle zu späterer Zeit ggf. und im Rahmen des rechtlich zulässigen erneut in eine Beurteilung der Eignung eintreten. Die in dieser Bekanntmachung enthaltenen Informationen zum Projekt dienen allein dem Zweck, den Interessenten einen Eindruck zu verschaffen und eine Entscheidung über die Teilnahme am Verfahren zu ermöglichen. Spezifizierungen zu den genauen Leistungsinhalten im Rahmen der Verhandlungen bleiben vorbehalten, soweit rechtlich zulässig. Die Lieferorte sind dem Leistungsverzeichnis zu entnehmen. Der öffentliche Auftraggeber weist vorsorglich darauf hin, dass in der Angebotsphase nur Produkte akzeptiert werden können, deren Nutzung und etwaige Weitergabe nach Eigentumsübergang keinen tatsächlichen oder rechtlichen Einschränkungen für den Auftraggeber unterliegen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Weitergabe an Bündnispartner und / oder an begünstigte Staaten, sofern diese sich in einem vom Völkerrecht abgedeckten Konflikt befinden (bspw. Selbstverteidigung nach Art. 51 VN-Charta oder der Einsatz militärischer Gewalt nach Art. 39 iVm Art 40 und 41 VN Charta). Die Anforderungen an die Weitergabefähigkeit des Beschaffungsgegenstands tragen der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage Rechnung. Die europäische Sicherheitsordnung befindet sich seit mehreren Jahren in einem tiefgreifenden Wandel. Neben der Rückkehr großräumiger zwischenstaatlicher bewaffneter Konflikte, hybrider Bedrohungen sowie einer erheblich gestiegenen Bedeutung der Landes- und Bündnisverteidigung ist die Bundeswehr zunehmend gefordert, kurzfristig und flexibel auf sich verändernde Bedrohungslagen zu reagieren. Die Verfügbarkeit militärischer Fähigkeiten umfasst daher nicht allein die physische Bereitstellung von Wehrmaterial, sondern ebenso die Möglichkeit, dieses jederzeit entsprechend den politischen und militärischen Entscheidungen der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen oder an berechnigte Empfänger weiterzugeben.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2009/81/EG

vsvgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 2

Der Bieter muss Angebote für alle Lose einreichen

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 2

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Korruption:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Zahlungsunfähigkeit:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe ergeben sich aus den gesetzlichen Bestimmungen, insb. §§ 123 ff. GWB. Der Bewerber muss mit seinem Teilnahmeantrag die unterzeichnete Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (BAAINBw-B-V 034) abgeben. Die Erklärung hat alle Ausschlussgründe des § 123 und § 124 GWB zu umfassen. Es ist auch die beigefügte Erklärung im Hinblick auf Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/ 2014 zu Russland-Sanktionen im Bereich der öffentlichen Beschaffung abzugeben. Die Vorlage dieser obligatorischen Erklärungen mittels BAAINBw-B-V 034 und der Erklärung zu Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 dient der Bewertung des jeweiligen Wirtschaftsteilnehmers zum Nicht-Vorliegen von Ausschlussgründen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben durch Einsichtnahme in das Wettbewerbsregister zu überprüfen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Los 1

Beschreibung: 3.564.000 EA

Interne Kennung: LOT-0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 35300000 Waffen, Munition und zugehörige Teile

Zusätzliche Einstufung (cpv): 35330000 Munition, 35331000 Munition für Feuerwaffen und Kriegswaffen, 35331500 Patronen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Dorsten

Postleitzahl: 46286

Land, Gliederung (NUTS): Recklinghausen (DEA36)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Das Zuschlagskriterium "Niedrigster Preis" gilt insofern, dass eine Loslimitierung vorgesehen ist, sofern mehrere Bieter Angebote abgeben. Jeder Bieter erhält in diesem Fall den Zuschlag für jeweils ein Los. Die Aufhebung dieser Loslimitierung wird vorbehalten, sofern der Abstand eines Angebots zum wirtschaftlichsten Angebot größer als 15 % ist. Das heißt, bei mehreren Bietern bekommt der günstigste Bieter den Zuschlag für alle Lose, es sei denn, das Angebot des zweitgünstigsten Bieters liegt preislich nicht mehr als 15 % über dem Angebot des günstigsten Bieters. In diesem Fall erhält der zweitgünstigste Bieter das kleinere Los.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Kriterien für die persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer (die zu deren Ausschluss führen können) einschließlich Pflicht zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister 1. Elektronisch signierte Eigenerklärung zum Nichtvorliegen zwingender und fakultativer Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB (Formular BAAINBw B-V 034/09.2017). 2. Formlose Eigenerklärung zur Darstellung der Eigentümerstruktur. 3. Formlose Eigenerklärung zu Benennung eines Ansprechpartners für dieses Verfahren mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse. 4. Elektronisch signierte Eigenerklärung, dass für das Vergabeverfahren und die sich ggf. anschließende Vertragsausführung Personal vorgesehen ist, das die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrscht, sodass die Kommunikation bei Kontaktaufnahme und fortlaufende Kommunikation mit dem Auftraggeber stets in deutscher Sprache erfolgen kann. 5. Elektronisch signierte Eigenerklärung, dass der Bieter den Auftraggeber bereits im laufenden Vergabeverfahren über jede Änderung seiner Organisation (bspw. Eigentümerstruktur, Umstrukturierung, Ausgliederungen) informiert. 6. Elektronisch signierte Eigenerklärung, dass eine Änderung eines Unterauftragnehmers im Auftragsfall vorher angekündigt wird. 7. Für den Nachweis der

Erlaubnis der Berufsausübung gemäß § 25 VSVgV ist: a) der beglaubigte aktuelle (nicht älter als sechs Monate gerechnet ab dem Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge) Auszug eines Berufs- oder Handelsregisters gemäß der unverbindlichen Liste des Anhangs VII Teil B und C der Richtlinie 2009/81/EG, wenn die Eintragung gemäß den Vorschriften des Mitgliedsstaats ihrer Herkunft oder Niederlassung Voraussetzung für die Berufsausübung ist, oder b) eine eidesstattliche Erklärung für den Nachweis der Erlaubnis der Berufsausübung gemäß § 25 VSVgV oder c) eine sonstige, vergleichbare Bescheinigung (Fremdbeleg) vorzulegen, jeweils nicht älter als sechs Monate gerechnet ab dem Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge. 8. Eine Bewerber-/Bietergemeinschaft hat das Formular B-V 047 (Erklärung betreffend der Gründung einer Bewerber-/ Bietergemeinschaft) vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich vor, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister oder dem Wettbewerbsregister einzuholen. 9. Eigenerklärung-VO-2022-833 zum Nichtvorliegen von Beziehungen zu Russland im Sinne des Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/ 576 (hierzu ist das Formular Eigenerklärung-VO-2022-833 zu verwenden, auszufüllen, elektronisch zu signieren und dem Teilnahmeantrag beizufügen). Die Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache oder mit deutscher Übersetzung bis zum Ende der Teilnahmefrist vorzulegen. Die Nachweise dürfen nicht älter als sechs Monate gerechnet ab dem Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge sein. Sofern sich der Bewerber zum Nachweis der Eignung auf Dritte/ Unterauftragnehmer/konzernverbundene Unternehmen beruft, sind die o.g. Erklärungen und Nachweise auch für die Unterauftragnehmer abzugeben. Mit dem Teilnahmeantrag ist der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte/ Unterauftragnehmer mit den erforderlichen Mitteln für das Erbringen der Leistungen (z. B. durch eine Verpflichtungserklärung) zur Verfügung steht. Unterauftragnehmer im Sinne der Ausschreibung sind juristische oder natürliche Personen, denen vom Auftragnehmer die Ausführung eines Teils der von ihm geschuldeten Leistungen übertragen wird. Juristische oder natürliche Personen, von denen der Auftragnehmer zur Erbringung der dem Auftraggeber geschuldeten Leistung bspw. Komponenten oder Bauteile bezieht (Lieferanten bzw. Zulieferer), sind keine Unterauftragnehmer in diesem Sinne.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Kriterien für die technischen und beruflichen Fähigkeiten der Wirtschaftsteilnehmer (die zu deren Ausschluss führen können) 1. Auflistung (formlose Eigenerklärung) der Lieferungen von Munition Patrone 5,56mm x 45 der letzten 3 Jahre (mindestens Herstellung und Lieferung von insgesamt 6.500.000 Patronen 5,56mm x 45 pro Jahr in den letzten 3 Jahren). 2. Formlose Eigenerklärung über die Befähigung bzw. Kapazitäten, jeweils 6.500.000 Patronen 5,56mm x 45 HK im Jahr 2026 - nach Bundeswehrvorschriften qualifiziert - produzieren und liefern zu können. Mit dem Teilnahmeantrag ist die entsprechende K-Stands-Festlegungsurkunde der Patrone vorzulegen. Die entsprechenden Nachweise und Erklärungen sind bis zum Ende der Teilnahmefrist vorzulegen, entweder in deutscher Sprache oder mit deutscher Übersetzung. Maßgeblich ist in letzterem Fall stets die deutsche Übersetzung. 3. Formlose Eigenerklärung, dass der Bewerber im Falle der Auftragserteilung den Zutritt zu seinem Werksgelände für amtliches Personal im Rahmen der amtlichen Güteprüfung gewährleistet und diese Personen bei Erfüllung Ihrer Aufgaben nach seinen Möglichkeiten unterstützen wird. 4. Nachweis, dass zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses die Zulassung zur Herstellung, Lieferung und Lagerung von KrWaffKontrG Material vorliegt. Sofern die Genehmigung bereits vorliegt, ist diese mit dem Teilnahmeantrag als Kopie vorzulegen. Falls der Antrag auf Erteilung der Genehmigung bislang nur gestellt wurde, ist dies mittels elektronisch signierter Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen. Falls auch noch kein Antrag gestellt worden ist, ist eine elektronisch signierte Eigenerklärung vorzulegen, dass die Beantragung so rechtzeitig erfolgt,

dass die Genehmigung bis zur Zuschlagserteilung vorliegt. 5. Formlose Eigenerklärung, dass ein Kriegswaffenkontrollbuchführer vorhanden ist. Sofern die Genehmigung nach Ziffer 4 Satz 2 und 3 erst beantragt wurde/wird, ist die Genehmigung so bald wie möglich, spätestens jedoch vor Zuschlagserteilung nachzureichen. 6. Formlose Eigenerklärung, dass die deutsche Zulassung zum Umgang mit Explosivstoffen nach § 7 SprengG oder äquivalent (entsprechend nationaler Vorschriften im Land des Sitzes des Bewerbers) vorliegt. 7. Formlose Eigenerklärung, dass die Anlagen gemäß BImSchG/SprengG oder äquivalent (entsprechend nationaler Vorschriften im Land des Sitzes des Bewerbers) genehmigt und überwacht werden. 8. Formlose Eigenerklärung, dass ordnungsgemäße Lagermöglichkeiten, insbesondere gem. SprengG oder äquivalent (entsprechend nationaler Vorschriften im Land des Sitzes des Bewerbers), für Waffen und Munition am Fertigungsort vorhanden sind. 9. Formlose Eigenerklärung, dass die Fähigkeit, Munitionsstammkarten zu erstellen, vorhanden ist. 10. Die Kommunikation im gesamten Vergabeverfahren wird auf Deutsch geführt. Die entsprechenden Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache oder mit deutscher Übersetzung bis zum Ende der Teilnahmefrist vorzulegen. Sofern sich der Bewerber zum Nachweis der Eignung auf Dritte / Unterauftragnehmer / konzernverbundene Unternehmen beruft, sind die o. g. Erklärungen und Nachweise auch für die Unterauftragnehmer abzugeben. Mit dem Teilnahmeantrag ist der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte/ Unterauftragnehmer mit den erforderlichen Mitteln für das Erbringen der Leistungen (z. B. durch eine Verpflichtungserklärung) zur Verfügung steht. Unterauftragnehmer im Sinne der Ausschreibung sind juristische oder natürliche Personen, denen vom Auftragnehmer die Ausführung eines Teils der von ihm geschuldeten Leistungen übertragen wird. Juristische oder natürliche Personen, von denen der Auftragnehmer zur Erbringung der dem Auftraggeber geschuldeten Leistung bspw. Komponenten oder Bauteile bezieht (Lieferanten bzw. Zulieferer), sind keine Unterauftragnehmer in diesem Sinne.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsteilnehmer (die zu deren Ausschluss führen können)

Formlose Erklärung über den Gesamtumsatz in den Geschäftsjahren 2023, 2024 und 2025 (mindestens ein Jahresgesamtumsatz von jeweils 19.000.000,00 EUR netto). Die entsprechenden Nachweise und Erklärungen sind bis zum Ende der Teilnahmefrist vorzulegen, entweder in deutscher Sprache oder mit deutscher Übersetzung Maßgeblich ist in letzterem Fall stets die deutsche Übersetzung.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Einziges Zuschlagskriterium ist der Preis.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist beschränkt

Begründung für die Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Auftragsunterlagen: Schutz besonders sensibler Informationen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Informationen über zugangsbeschränkte Dokumente einsehbar unter: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=892938>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Anteil des Auftrags, den der Bieter im Wege von Unteraufträgen zu vergeben gedenkt

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=892938>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 27/10/2026 13:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Sofern geforderte Teilnahmewettbewerbsunterlagen nicht vollständig eingereicht wurden, kann der Auftraggeber nach den Bedingungen des § 22 VSVgV sowie den Maßgaben der geltenden Rechtsprechung nachfordern.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Qualifikation der zu liefernden Patronen ist eine Voraussetzung für die Leistungserbringung und wird als solche nicht gesondert vergütet.

Der Vertrag wird Regelungen zur amtlichen Güteprüfung enthalten (u.a. AQAP 2110 und 2105).

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Gemäß Bewerbungsbedingungen (Abschlags- und Schlusszahlungen im Rahmen der Verdingungsordnung für Leistungen Teil B (VOL/B))

Vergabe von Unteraufträgen:

Der Auftragnehmer muss alle Änderungen der Unterauftragnehmer angeben, die sich während der Auftragsausführung ergeben.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten

Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. § 134 GWB Informations- und Wartepflicht https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_134.html § 135 Unwirksamkeit https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_135.html

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr über www.evergabe-online.de

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Los 2

Beschreibung: 2.916.000 EA

Interne Kennung: LOT-0002

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 35300000 Waffen, Munition und zugehörige Teile

Zusätzliche Einstufung (cpv): 35330000 Munition, 35331000 Munition für Feuerwaffen und Kriegswaffen, 35331500 Patronen

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Dorsten

Postleitzahl: 46286

Land, Gliederung (NUTS): Recklinghausen (DEA36)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Das Zuschlagskriterium "Niedrigster Preis" gilt insofern, dass eine Loslimitierung vorgesehen ist, sofern mehrere Bieter Angebote abgeben. Jeder Bieter erhält in diesem Fall den Zuschlag für jeweils ein Los. Die Aufhebung dieser Loslimitierung wird

vorbehalten, sofern der Abstand eines Angebots zum wirtschaftlichsten Angebot größer als 15 % ist. Das heißt, bei mehreren Bietern bekommt der günstigste Bieter den Zuschlag für alle Lose, es sei denn, das Angebot des zweitgünstigsten Bieters liegt preislich nicht mehr als 15 % über dem Angebot des günstigsten Bieters. In diesem Fall erhält der zweitgünstigste Bieter das kleinere Los.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Kriterien für die persönliche Lage der

Wirtschaftsteilnehmer (die zu deren Ausschluss führen können) einschließlich Pflicht zur

Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister 1. Elektronisch signierte Eigenerklärung zum

Nichtvorliegen zwingender und fakultativer Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB

(Formular BAAINBw B-V 034/09.2017). 2. Formlose Eigenerklärung zur Darstellung der

Eigentümerstruktur. 3. Formlose Eigenerklärung zu Benennung eines Ansprechpartners für

dieses Verfahren mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse. 4. Elektronisch signierte

Eigenerklärung, dass für das Vergabeverfahren und die sich ggf. anschließende

Vertragsausführung Personal vorgesehen ist, das die deutsche Sprache in Wort und Schrift

beherrscht, sodass die Kommunikation bei Kontaktaufnahme und fortlaufende Kommunikation

mit dem Auftraggeber stets in deutscher Sprache erfolgen kann. 5. Elektronisch signierte

Eigenerklärung, dass der Bieter den Auftraggeber bereits im laufenden Vergabeverfahren über

jede Änderung seiner Organisation (bspw. Eigentümerstruktur, Umstrukturierung,

Ausgliederungen) informiert. 6. Elektronisch signierte Eigenerklärung, dass eine Änderung

eines Unterauftragnehmers im Auftragsfall vorher angekündigt wird. 7. Für den Nachweis der

Erlaubnis der Berufsausübung gemäß § 25 VSVgV ist: a) der beglaubigte aktuelle (nicht älter

als sechs Monate gerechnet ab dem Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge)

Auszug eines Berufs- oder Handelsregisters gemäß der unverbindlichen Liste des Anhangs

VII Teil B und C der Richtlinie 2009/81/EG, wenn die Eintragung gemäß den Vorschriften des

Mitgliedsstaats ihrer Herkunft oder Niederlassung Voraussetzung für die Berufsausübung ist,

oder b) eine eidesstattliche Erklärung für den Nachweis der Erlaubnis der Berufsausübung

gemäß § 25 VSVgV oder c) eine sonstige, vergleichbare Bescheinigung (Fremdbeleg)

vorzulegen, jeweils nicht älter als sechs Monate gerechnet ab dem Schlusstermin für den

Eingang der Teilnahmeanträge. 8. Eine Bewerber-/Bietergemeinschaft hat das Formular B-V

047 (Erklärung betreffend der Gründung einer Bewerber-/ Bietergemeinschaft) vorzulegen.

Der Auftraggeber behält sich vor, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister oder dem

Wettbewerbsregister einzuholen. 9. Eigenerklärung-VO-2022-833 zum Nichtvorliegen von

Beziehungen zu Russland im Sinne des Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/ 576 (hierzu ist

das Formular Eigenerklärung-VO-2022-833 zu verwenden, auszufüllen, elektronisch zu

signieren und dem Teilnahmeantrag beizufügen). Die Nachweise und Erklärungen sind in

deutscher Sprache oder mit deutscher Übersetzung bis zum Ende der Teilnahmefrist

vorzulegen. Die Nachweise dürfen nicht älter als sechs Monate gerechnet ab dem

Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge sein. Sofern sich der Bewerber zum

Nachweis der Eignung auf Dritte/ Unterauftragnehmer/konzernverbundene Unternehmen

beruft, sind die o.g. Erklärungen und Nachweise auch für die Unterauftragnehmer abzugeben.

Mit dem Teilnahmeantrag ist der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte/

Unterauftragnehmer mit den erforderlichen Mitteln für das Erbringen der Leistungen (z. B.

durch eine Verpflichtungserklärung) zur Verfügung steht. Unterauftragnehmer im Sinne der

Ausschreibung sind juristische oder natürliche Personen, denen vom Auftragnehmer die Ausführung eines Teils der von ihm geschuldeten Leistungen übertragen wird. Juristische oder natürliche Personen, von denen der Auftragnehmer zur Erbringung der dem Auftraggeber geschuldeten Leistung bspw. Komponenten oder Bauteile bezieht (Lieferanten bzw. Zulieferer), sind keine Unterauftragnehmer in diesem Sinne.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Kriterien für die technischen und beruflichen Fähigkeiten der Wirtschaftsteilnehmer (die zu deren Ausschluss führen können) 1. Auflistung (formlose Eigenerklärung) der Lieferungen von Munition Patrone 5,56mm x 45 der letzten 3 Jahre (mindestens Herstellung und Lieferung von insgesamt 6.500.000 Patronen 5,56mm x 45 pro Jahr in den letzten 3 Jahren). 2. Formlose Eigenerklärung über die Befähigung bzw. Kapazitäten, jeweils 6.500.000 Patronen 5,56mm x 45 HK im Jahr 2026 - nach Bundeswehrvorschriften qualifiziert - produzieren und liefern zu können. Mit dem Teilnahmeantrag ist die entsprechende K-Stands-Festlegungsurkunde der Patrone vorzulegen. Die entsprechenden Nachweise und Erklärungen sind bis zum Ende der Teilnahmefrist vorzulegen, entweder in deutscher Sprache oder mit deutscher Übersetzung. Maßgeblich ist in letzterem Fall stets die deutsche Übersetzung. 3. Formlose Eigenerklärung, dass der Bewerber im Falle der Auftragserteilung den Zutritt zu seinem Werksgelände für amtliches Personal im Rahmen der amtlichen Güteprüfung gewährleistet und diese Personen bei Erfüllung Ihrer Aufgaben nach seinen Möglichkeiten unterstützen wird. 4. Nachweis, dass zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses die Zulassung zur Herstellung, Lieferung und Lagerung von KrWaffKontrG Material vorliegt. Sofern die Genehmigung bereits vorliegt, ist diese mit dem Teilnahmeantrag als Kopie vorzulegen. Falls der Antrag auf Erteilung der Genehmigung bislang nur gestellt wurde, ist dies mittels elektronisch signierter Eigenerklärung mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen. Falls auch noch kein Antrag gestellt worden ist, ist eine elektronisch signierte Eigenerklärung vorzulegen, dass die Beantragung so rechtzeitig erfolgt, dass die Genehmigung bis zur Zuschlagserteilung vorliegt. 5. Formlose Eigenerklärung, dass ein Kriegswaffenkontrollbuchführer vorhanden ist. Sofern die Genehmigung nach Ziffer 4 Satz 2 und 3 erst beantragt wurde/wird, ist die Genehmigung so bald wie möglich, spätestens jedoch vor Zuschlagserteilung nachzureichen. 6. Formlose Eigenerklärung, dass die deutsche Zulassung zum Umgang mit Explosivstoffen nach § 7 SprengG oder äquivalent (entsprechend nationaler Vorschriften im Land des Sitzes des Bewerbers) vorliegt. 7. Formlose Eigenerklärung, dass die Anlagen gemäß BImSchG/SprengG oder äquivalent (entsprechend nationaler Vorschriften im Land des Sitzes des Bewerbers) genehmigt und überwacht werden. 8. Formlose Eigenerklärung, dass ordnungsgemäße Lagermöglichkeiten, insbesondere gem. SprengG oder äquivalent (entsprechend nationaler Vorschriften im Land des Sitzes des Bewerbers), für Waffen und Munition am Fertigungsort vorhanden sind. 9. Formlose Eigenerklärung, dass die Fähigkeit, Munitionsstammkarten zu erstellen, vorhanden ist. 10. Die Kommunikation im gesamten Vergabeverfahren wird auf Deutsch geführt. Die entsprechenden Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache oder mit deutscher Übersetzung bis zum Ende der Teilnahmefrist vorzulegen. Sofern sich der Bewerber zum Nachweis der Eignung auf Dritte / Unterauftragnehmer / konzernverbundene Unternehmen beruft, sind die o. g. Erklärungen und Nachweise auch für die Unterauftragnehmer abzugeben. Mit dem Teilnahmeantrag ist der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte/ Unterauftragnehmer mit den erforderlichen Mitteln für das Erbringen der Leistungen (z. B. durch eine Verpflichtungserklärung) zur Verfügung steht. Unterauftragnehmer im Sinne der Ausschreibung sind juristische oder natürliche Personen, denen vom Auftragnehmer die Ausführung eines Teils der von ihm geschuldeten Leistungen übertragen wird. Juristische oder natürliche Personen, von denen der Auftragnehmer zur Erbringung der dem Auftraggeber

geschuldeten Leistung bspw. Komponenten oder Bauteile bezieht (Lieferanten bzw. Zulieferer), sind keine Unterauftragnehmer in diesem Sinne.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsteilnehmer (die zu deren Ausschluss führen können)

Formlose Erklärung über den Gesamtumsatz in den Geschäftsjahren 2023, 2024 und 2025 (mindestens ein Jahresgesamtumsatz von jeweils 19.000.000,00 EUR netto). Die entsprechenden Nachweise und Erklärungen sind bis zum Ende der Teilnahmefrist vorzulegen, entweder in deutscher Sprache oder mit deutscher Übersetzung Maßgeblich ist in letzterem Fall stets die deutsche Übersetzung.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Einziges Zuschlagskriterium ist der Preis.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist beschränkt

Begründung für die Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Auftragsunterlagen: Schutz besonders sensibler Informationen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Informationen über zugangsbeschränkte Dokumente einsehbar unter: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=892938>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Anteil des Auftrags, den der Bieter im Wege von Unteraufträgen zu vergeben gedenkt

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=892938>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 27/10/2026 13:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Sofern geforderte Teilnahmewettbewerbsunterlagen nicht vollständig eingereicht wurden, kann der Auftraggeber nach den Bedingungen des § 22 VSVgV sowie den Maßgaben der geltenden Rechtsprechung nachfordern.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Qualifikation der zu liefernden Patronen ist eine Voraussetzung für die Leistungserbringung und wird als solche nicht gesondert vergütet. Der Vertrag wird Regelungen zur amtlichen Güteprüfung enthalten (u.a. AQAP 2110 und 2105).

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Gemäß Bewerbungsbedingungen (Abschlags- und Schlusszahlungen im Rahmen der Verdingungsordnung für Leistungen Teil B (VOL/B))

Vergabe von Unteraufträgen:

Der Auftragnehmer muss alle Änderungen der Unterauftragnehmer angeben, die sich während der Auftragsausführung ergeben.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. § 134 GWB Informations- und Wartepflicht https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_134.html § 135 Unwirksamkeit https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_135.html

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr über www.evergabe-online.de

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr
Registrierungsnummer: 991-19518-88
Postanschrift: Ferdinand-Sauerbruch-Straße 1
Stadt: Koblenz
Postleitzahl: 56073
Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)
Land: Deutschland
Kontaktperson: BAAINBw K2.4
E-Mail: BAAINBwK2.4@bundeswehr.org
Telefon: +49 261-400-0
Internetadresse: <http://www.evergabe-online.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7002

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr über www.evergabe-online.de
Registrierungsnummer: 991-19518-88
Stadt: Koblenz
Postleitzahl: 56073
Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)
Land: Deutschland
Kontaktperson: BAAINBw E1.3 Angebotssammelstelle
E-Mail: BAAINBwE1.3-Angebotssammelstelle@bundeswehr.org
Internetadresse: <http://www.evergabe-online.de/>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammer des Bundes
Registrierungsnummer: 991-02380-92
Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53113
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: b551fad6-fa5d-4d0a-8034-fd797ff692b3 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 18

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 22/09/2026 17:14:01 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 658617-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 185/2026

Datum der Veröffentlichung: 24/09/2026